



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924**

13 (9.1.1924) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-213301](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-213301)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung vom 3. bis 9. Januar 1924: 50 Goldpf. Die monatliche Ausgabe verpflichtet zu 200 Goldpf. Anzeigenpreise nach Tarif. Bei Vorauszahlung des einmonatigen Abonnements für allgemeine Anzeigen 0,50 Goldmark; bei besonderen Anzeigen 1,00 Goldmark. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird jedesmal besondere Vereinbarung genommen. Höhere Gewinne, Betriebsstörungen usw. berechnen zu keinen Entschädigungen für ausbleibende oder verspätete Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Auftr. d. Verlags- u. Druckerei. Verlags- u. Druckerei.

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung vom 3. bis 9. Januar 1924: 50 Goldpf. Die monatliche Ausgabe verpflichtet zu 200 Goldpf. Anzeigenpreise nach Tarif. Bei Vorauszahlung des einmonatigen Abonnements für allgemeine Anzeigen 0,50 Goldmark; bei besonderen Anzeigen 1,00 Goldmark. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird jedesmal besondere Vereinbarung genommen. Höhere Gewinne, Betriebsstörungen usw. berechnen zu keinen Entschädigungen für ausbleibende oder verspätete Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Auftr. d. Verlags- u. Druckerei. Verlags- u. Druckerei.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

### Bedrohung Europas durch Frankreich

#### Die Ausdehnung des französischen Militarismus Die Hilfe der Kleinen Entente

□ Berlin, 9. Jan. (Von unv. Berl. Büro.) Wie sich der „Volk“ aus London melden läßt, hätte das britische Kabinet erachtet, daß der französisch-englische Vertrag, obwohl er angeblich keine geheimen Klauseln enthält, dennoch den Einfluß des französischen Generalstabs über die Armeen der Kleinen Entente wesentlich vergrößert und dadurch Frankreich befähigt, seine eigene Armee um nahezu 1/2 zu vergrößern. Durch eine Reihe von Verträgen übernimmt der französische Generalstab die Kontrolle der Kleinen Entente und diese würde daher, wenn von Österreich und Italien Bewilligungen drohen, Frankreich zur Verfügung stehen. Frankreich hat sich dagegen verpflichtet, die Kleinen Entente zu unterstützen. Schon jetzt hat es 800 Millionen Franken in der Kleinen Entente zusammengefaßten Staaten zu Rüstungen zuwenden gesehen, was an dem französischen Vermögen mehr schuld sein wird als die angeblichen „politischen Mandate“ der deutschen Regierung, über die Herr de Bismarck gestern einer Pariser Presse viel Rindermärchen erzählt hat. Ein gemeinsamer Generalstab für die Kleinen Entente wird unter französischer Kontrolle von Prag aus seine Tätigkeit ausüben. In London ist immer noch derselbe Duelle, ferner bekannt, daß, obwohl Frankreich 42 Bataillone aufgestellt hat, die Offiziere dieser Bataillone anderen Regimenter angehört wurden, und daß auch die Tanktruppen, die Artillerie, Flugzeuge und die technischen Abteilungen nicht vermindert wurden.

#### Italienische Befürchtungen

Der „Secolo“ weist in einem Artikel über die bevorstehende Konferenz der Kleinen Entente darauf hin, daß auf dem Programm der Konferenz auch die italienisch-spanische Annäherung stehe, die die Mittelmeerflotte Frankreichs und damit auch die Interessen Spaniens beeinflusse. Die Belarader Zusammenkunft werde der Kleinen Entente in keinem Falle neue Kräfte zuführen. Die Kleinen Entente sei ein Werkzeug in der Hand Frankreichs, wenn es sich um Italien im Bälde handele. Sollte jedoch Frankreich seine Zukunftshoffnung auf die Kleinen Entente setzen und auch im Falle der Auflösung der Kleinen Entente ein Wert der Koalition sehen, so würde dieser Wert über ein außerordentliches Heer verfügen, wenn es gelte, die übernommenen Verpflichtungen durchzuführen.

Die Turiner „Stampa“, das Organ Giolittis, schreibt: Anstatt der allgemeinen europäischen Politik müßte eine enalisch-italienische Entente geschaffen werden als Gegenmaßnahme gegen die von Frankreich in Europa betriebene Einflutung, die sich zunächst auf Deutschland, in zweiter Linie aber auch auf Italien beziehe. Das französisch-italienische Bündnis rede in dieser Hinsicht eine recht deutliche Sprache. Wenn England und Italien, meint das Blatt, sich nicht rühren, könnten Moskau und Berlin in einem von Paris beherrschten Europa eingeschlossen werden und dann würde auch Italien das allgemeine Schicksal des kontinentalen Europa erleben. Dem europäischen Entente des Duoi d'Orlan müßte ein Ende sein.

### Parlamentsöffnung in England

Parlamentsöffnung trat gestern das britische Parlament zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Lord George und Baldwin wurden von ihren Parteigenossen herzlich begrüßt. Die ersten Demonstrationen fanden jedoch für MacDonald statt. Die Mitglieder seiner Partei, aber auch zahlreiche Liberale und selbst eine Anzahl Konservativen erhoben sich von ihren Plätzen und jubelten MacDonald an. Im Oberhaus wurde dann wie üblich die Adresse des Königs verlesen. Nach dem parlamentarischen Brauch verlas Lord Baldwin als Führer des Hauses und MacDonald als Führer der Opposition die Rede. Im Unterhaus war die offizielle Sitzung rein formalen Charakters. Bei der Wahl des Sprechers wurde Whitte einstimmig wiedergewählt.

Witter meldet, eine Vollkammer des Kabinetts wird die Form der Tronrede erörtern und darüber beraten, ob die konservativ Partei weiterhin für den Schutz der Einkünfte soll. Baldwin prüft gegenwärtig den Bericht der Milnerischen Kommission, deren Schlussfolgerungen Einfluss auf die Entscheidung des Kabinetts haben werde.

#### Programmatifche Erklärungen MacDonalds

An seiner längst angekündigten gestern in der Liberalen gehaltenen großen programmatifchen Rede setzte der präsumptive Premierminister MacDonald zunächst die Gründe für den Einfluß der Arbeiterpartei in die Regierung einzutreten, auseinander. Die Arbeiterpartei wolle vor allem die Arbeiter, die die Welt mit sich gebracht habe und trachte keineswegs aus selbstsüchtigen sozialistischen Gründen nach der Regierung. MacDonald lehnte die extremen Bestrebungen der Sozialisten ab, bekannte sich als Anhänger des Evolutionenbegriffes und meinte, der Fortschritt könne nur in langsamer Entwicklung erreicht werden. Er verlangte Frieden nach außen, Einheitlichkeit nach innen. Wegen einer Arbeiterregierung brauche kein Mensch in England kein Kapital ins Ausland zu schaffen. Um den Frieden in Europa herzustellen, beabsichtige die Arbeiterpartei, sich an alle Männer und Frauen der ganzen Welt zu wenden, die eine Wiederholung des Weltkrieges vermeiden. Der Frieden, der gegenwärtig herrsche, sei kein wahrer Frieden. Die erste Voraussetzung für die Wiederherstellung eines wahren Friedens sei das Aufhören der Wettbewerbskämpfe, das nur auf dem Wege einer internationalen Verständigung erreicht werden könne, an der nicht nur die Entente, sondern auch Spanien, Deutschland und andere Staaten beteiligt werden müssen. MacDonald betonte, daß die Arbeiterpartei nach dem Willen der Arbeiter eine Einigung zwischen Frankreich und England herbeiführen wolle. Die gegenwärtig bestehenden Missstände seien der Welt unumwunden. Schließlich trat MacDonald für einen Ausbau des Bältebündnisses zu einer großzügigen Organisation der internationalen Gerechtigkeit ein.

London, 8. Jan. Der Brand im Londoner Hafen ist erst heute vollständig gelöscht worden. Der Schaden übersteigt 200 000 Pfund Sterling. Das Raufschiff „Lager“, in dem der Brand ausgebrochen ist, wurde vollständig zerstört.

dem London-Rom-Moskau-Berlin entgegengerichtet werden, nicht um irgend jemanden zu isolieren oder zu belästigen, sondern um nicht isoliert zu werden und um sich zu verteidigen.

### Die Wiederaufrollung der Kriegsschuldfrage

□ Berlin, 9. Jan. (Von unv. Berl. Büro.) Der bekannte deutsch-amerikanische Journalist Karl v. Wiegandt meldet, wie wir im Lokalanzeiger lesen, den Wägern seines Konzerns, daß dieser Tage in London eine Führungsnahme zwischen gleichgesinnten deutschen und englischen Kreisen stattgefunden hätte, um die neue Aufrollung der Kriegsschuldfrage zu erwägen. Diese Kreise gingen von der Ansicht aus, daß Deutschlands Vergemaltigung durch Frankreich vor der Welt nur deshalb immer noch stillschweigend geduldet würde, weil das amerikanische und englische Volk noch wie vor an Deutschlands Allseitigkeit glaubt, zu der es sich ja in Versailles feierlich (!) selbst bekannt hätte. Nur nach einer gründlichen Klärung dieser Dinge in einer die ganze Weltöffentlichkeit zuziehenden Weise könnte Deutschland wieder in der Welt Gehör finden. Es soll deshalb erwogen werden, der internationalen Öffentlichkeit eine großangelegte Zusammenkunft zu unterbreiten über alle Versprechungen die die Alliierten und Wilson Deutschland gegeben haben und wie sie „gehalten“ worden sind.

#### Noch ein eifriger Wahrheitsjücker

Zu den Ausführungen des Senators Owen, der sich am 18. Dezember vor dem Senat in Washington in einer längeren Rede mit der Schuldfrage am Weltkrieg beschäftigte, werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Owen erklärte, daß nach den Veröffentlichungen der russischen und deutschen Geheimarchive der deutsche Kaiser den Krieg nicht nur nicht angeht, sondern sich im Gegenteil die größte Mühe anzuwenden hätte, ihn zu verhindern. Er sagte: Die Veröffentlichungen der Geheimarchive können zu beweisen, daß die militärischen Führer Deutschlands den Krieg nicht wollten, sondern darnach trachteten, ihn zu verhindern. Sie besaßen die Feindbelästigungen nur, weil ihrer Überzeugung nach die anhaltenden Mobilisationen Russlands und Frankreichs auf den Kriegszweck abzielten und im geheimen eine Kriegserklärung durch Frankreich und Russland an sie hatten. Die Veröffentlichungen zeigen, daß die französischen und russischen Führer zum Krieg entschlossen waren und die Mobilisationen als den Beginn des Krieges betrachteten, der bereits seit Jahren in wohlüberlegter Weise vorbereitet und durch ausführlich ausgearbeitete Schachzüge anlässlich Militärkonferenzen vorbereitet war. Diese Geheimdokumente zeigen außerdem, daß es eine Pflicht der französischen und russischen Politik war, der deutschen Regierung die Schuld am Weltkrieg zuzuschreiben. Die militärischen Führer Deutschlands erklärten, daß sie keine Verantwortung für die Verleumdung des deutschen Volkes übernehmen könnten, wenn es ihnen nicht erlaubt sei, unverzüglich auch ihrerseits die Mobilisation durchzuführen.

Weiterhin währte Senator Owen dafür, daß die deutschen Reparationsleistungen in ihrem vollen und argerer Weise durch unabhäniges Schiedsrichter und Sachverständigen festgesetzt werden.

### Poincaré und Hösch

□ Berlin, 9. Jan. (Von unv. Berl. Büro.) Der Pariser Berichterstatter der „Volkischen Ztg.“ hört, daß der deutsche Geldsträger Herr v. Hösch vor seiner Berliner Reise noch von Poincaré empfangen werden würde. Poincaré wolle ihm Mitteilungen über die französische Auffassung von der „Nützlichkeit“ deutsch-französischer Verhandlungen auf dreier Grundzüge machen:

Die französische Kammer hat gestern nachmittag ihre ordentliche Sitzung eröffnet. Marspräsident Andrieux eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er einen dauerhaften Frieden fordert, jedoch erklärt, daß nach seiner Ansicht der Bältebünd nicht in der Lage sei, ihn praktisch zu sichern. Frankreich müsse deshalb die unersetzlichen Opfer für seine nationale Verteidigung bringen. Die Kammer ging dann zur Sitzung über, bei der Raoul Perret wieder zum Präsidenten gewählt wurde.

Der Senat eröffnete ebenfalls seine außerordentliche Sitzung. Er verlagte sich auf kommenden Donnerstag. In diesem Tage wird die Bältewahl vorgenommen werden. Auch hier heißt der Marspräsident Gustave Denis die übliche Ansprache, in der er u. a. sagte, nach außen hin sei die russische Kammer nicht von Wollen frei. Im Gegensatz zum Kammerpräsidenten glaubt der Marspräsident des Senats, daß durch den Bältebünd eines Tages der allgemeine Friede herrschen werde.

#### Militärkontrolle in Jübil

Aus London wird gemeldet, daß die Völkervereinigung mit dem Vorschlag des Generals Kauter über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland einverstanden sei, wonach diese am 10. Januar aufgenommen werden soll und zwar wird die Kommission bestehen aus Vertretern Englands, Belgiens, Italiens und Frankreichs, die in jedem Falle gemeinsam ihre Tätigkeit und zwar in Jübil ausüben sollen.

#### Der Hitlerprozeß

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erfahren, soll der Prozeß gegen die am Hitler-Tutlich Beteiligten wegen seines großen Umfanges geteilt werden und zwar soll sich der Hauptprozeß gegen acht oder neun Personen richten. Die Anklageurteil für diesen Teil des Verfahrens wird in den allerersten Tagen beim Volksgericht in München I eingereicht werden, welches auch den Termin festlegen werde. Möglicherweise wird dieser Hauptprozeß noch gegen Ende Januar durchgeführt werden. Anschließend daran sollen noch weitere Verhandlungen stattfinden. Die Bälteurteilung, wonach der Prozeß außerhalb Münchens stattfinden soll, ist, wie die Korrespondenz Hoffmann von ausländischer Seite erfährt, unzutreffend.

Wilson meißel sich wieder! Nach einer Remonstration Drohung der DDB hat der ehemalige Präsident Wilson seinen früheren Parteigenossen in Wittenberg angeschlossen. Die Führung der Partei wieder zu übernehmen. Bisher haben die Pittsburg-Wilsons Telegramm unbeantwortet gelassen.

### Der sächsische Spaltplatz

In der Sozialdemokratie Sachsens ist es zu einem tiefen Riß gekommen. Zwei Bestände der sozialdemokratischen Partei stehen sich dort in unversöhnlichem Gegensatz gegenüber. Auf der einen Seite die Mehrheit der Landtagsfraktion, die mit Demokraten und Deutscher Volkspartei zusammen eine Regierung gebildet und den Ministerpräsidenten gestellt hat, auf der anderen die Organisation der Landespartei, die auf dem Parteitag die große Koalition auf das allerhöchste verurteilt und die Disziplinbrecher aus der Partei ausgeschlossen hat. Was aus diesem sozialdemokratischen Kabinet weiter folgen wird, ist vorläufig noch ganz unklar. Der sozialdemokratische Ministerpräsident, das Haupt der neuen sächsischen Regierung, hat erklärt, daß er der Aufforderung des Parteitag nicht Folge leisten, sondern sein Amt beibehalten werde. Der sozialdemokratische Parteitag aber hat die gegenwärtige Koalitionsregierung in Licht und Bann erklärt, und sich ausdrücklich davon losgesagt. Eine Lage, wie sie wohl noch in keinem parlamentarisch regierten Lande da war! Hier die Fraktion, die bei der Übernahme der Regierungverantwortung sozusagen in der Luft schwabte, dort die Partei, die der eigenen Regierungsjirma das Firmenschild und das Schaufenster mit einem kräftigen Fauststoß einschlug.

Ob eine Regierung in Sachsen unter diesen Umständen möglich ist, werden die nächsten Tage zeigen müssen. Höchstwahrscheinlich bleibt die Reuewahl das einzige Mittel, um den Wirrwarr zu lösen. Und dann wird sich zeigen müssen, ob die sozialdemokratische Fraktion oder der Parteitag die Mehrheit der Wähler hinter sich haben. Heute aber ist eine schon sicher: Die Partei ist vollkommen auseinandergefallen, ganz einzeln, nach welcher Seite die Mehrheit auch fallen wird. In Sachsen haben sich die beiden Elemente wieder getrennt, die in der sogenannten Sozialdemokratie unter der Nachwirkung der Ermordung Rathenaus mühsam zusammengeschweißt worden sind. In dieser Spaltung der ehemals Unabhängigen und der ehemaligen Rechtssozialisten zeigt sich die Nachwirkung des Stoches, der der sozialdemokratischen Herrschaft in Sachsen durch den Einmarsch der Reichswehr verjagt worden ist. Durch diesen Einmarsch ist der kommunistische Haun, unter dem die sächsischen Sozialdemokraten standen, ein für allemal gebrochen worden. Und nun müßten sich die Geister scheiden, nachdem dem kommunistischen Spalt ein Ende bereitet war.

Zweifellos hat damit ein Prozeß eingeleitet, der schon längst unter der Oberfläche sich anbahnte und der jetzt für unser ganzes innerpolitisches Leben von größter Tragweite werden muß. Die sächsische Sozialdemokratie wird sich als der Spaltplatz erweisen, der das ganze norddeutsche sozialdemokratische Parteigebäude sprengt. Denn in der gesamten Sozialdemokratie zeigen sich dieselben Ansätze zum Auseinanderfallen, die in Sachsen selbst schon offen und unheilbar in die Erscheinung getreten sind. Überall sind in der sogenannten Vereinigten Sozialdemokratie meist unter dem allerhöchsten Zwange von Partei- und Fraktionsdisziplin die befehligen inneren Gegensätze noch außen mühsam vertuscht worden. Man denke nur daran, wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der letzten Zeit zwischen Ja und Nein, zwischen rechts und links hin und hergerungen worden ist, wie sie einmal eine Regierungskoalition perchtigt, um dann aus Angst vor Reuewahlen wieder reuewoll zu derselben Regierungskoalition zurückzukehren, wie sie heute mit einer knappen Fraktionsmehrheit gegen das Ermächtigungsgesetz und morgen mit einer ebenso knappen Mehrheit dafür stimmt. Auch hier wogte der Kampf zweier Elemente hin und her, die sich innerlich feindselig und fremd gegenüberstehen und die durch die Kammer der Parteimitglieder nur noch schwer zusammengehalten wurden.

Auf dem Dresdener Parteitag haben sich die Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die Abgeordneten Weis, Hilferding und Dittmann, zusammen mit dem Vertreter der Fraktionsmehrheit aus dem Saatz fortgegeben, als der Parteitag des Parteitag gegen den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hecht geschleudert wurde. Ob die sozialdemokratische Gesamtpartei zu den Vorgängen in Sachsen offiziell Stellung nehmen wird, bleibt dahingestellt. Sicher ist jedenfalls, daß zwischen ihr und den sächsischen Sozialdemokraten schon jetzt eine unüberbrückbare Kluft besteht. Auf der einen Seite aber ist nicht minder festzustellen, daß die sozialdemokratische Parteipolitik den sächsischen Wind als Antrieb in ihren Segeln verfahren und einen neuen festigen Anlauf nehmen wird. Fürs Erste wird man allerdings wohl versuchen, die Gegensätze noch einmal zu verhehlen, soweit es möglich ist. In Sachsen ist das schon heute ausgeklüffelt. Aber alles Vertuschen und Vertuschen hat schließlich eine Grenze und so wird man annehmen können, daß der Dresdener Parteitag nur ein Vorpiel des allgemeinen sozialdemokratischen Konzils ist, das Ende März, unbestimmt wo, zusammenzutreten soll. Bis dahin aber wird die Sozialdemokratie stillgestanden und froh sein, wenn sie ihr parlamentarisches Dasein einigermaßen unangefochten weiterführen kann. Ob dann eine Parteigeundung kommt, wird im wesentlichen von dem Ergebnis des Parteitag abhängen.

#### Dittmanns Klage

Der Reichstagsabgeordnete Dittmann, der mit den Abgeordneten Weis und Hilferding als Vertreter des Parteivorstandes an dem Parteitag in Dresden teilnahm, ohne sein Ergebnis beeinflussen zu können, äußert sich im „Vormärts“ mit erster Sorge über die Vergebenserscheinungen, die er bei seiner wiederholten Anwesenheit in Sachsen feststellen zu können glaubt. Er sieht in dem Ergebnis des sächsischen Landesparteitages einen Beweis dafür, in welcher erschreckendem Maße sich die Führung der sächsischen Partei in den Schlingen verfangen habe, die von den kommunistischen Demagogen ausgeworfen worden seien:

Als einer der Führer der ehemaligen U. S. P. muß ich betonen, daß die Atmosphäre dieses sächsischen Landesparteitages mich zurückversetzte in die schlimmsten Zeiten der U. S. P. vor der Spaltung in Halle. Auch damals herrschte die Einflutung; unter allen Umständen zusammen mit der U. S. P. selbst unter Preisgabe der politischen Selbstständigkeit und der Würde der eigenen Partei. Daselbst ist in Sachsen, und genau wie damals werden unheilbare Wunden gesponnen zwischen der U. S. P. und unserer Partei. In Sachsen wird jetzt dasselbe treuhohe Spiel angedreht. Das läßt jeder, der die dortige Parteimolochsee kennt. Verblendete und Unerfahren glauben durch fortwährendes wüdesieles Herlaufen hinter den kommunistischen bei diesen marxistischen Erwerbungen machen zu können. Sie spüren nicht, daß sie unwehret längst von den Kommunisten in ihren Bann gezogen worden sind, jedoch sie, objektiv gesehen, als kommunistische Spaltplätze in unserer Partei wirken. Indem sie nach der kommunistischen Parole handeln, die „rechten Führer“ der Partei zu befehligen. Sie merken dabei nicht einmal, daß sie die Parteilisten sind, daß sie selber die ersten sein werden, die beim Wälgen an die Reife kommen. Denn die Kommunisten wollen ja

eine Führergarnitur nach der anderen und durch die andere befehlen, damit ihnen das Führerlos gewordene Gros der Partei umso leichter zum Opfer fallen kann."

Das erste politische Problem, vor dem die Sozialdemokratie steht in Sachsen, ist, erwidert Dittmann in der geistigen und politischen Position der Partei von der Umstrukturierung und Umformung durch die Kommunisten. Es könne keine Rede davon sein, daß sich die Sozialdemokratie in das Schleppland der Kautskianer Demagogen nehmen lassen dürfe. Dagegen die Partei in Sachsen zu bewahren, sei vor allem auch eine Pflicht der Gesamtpartei, die auf ihrem Parteitag am 30. März zur Entscheidung der Dinge in Sachsen klar und unzweideutige Stellung nehmen müsse.

Die Thüringische Frage

Die Verhandlungen mit den Vertretern der Thüringischen Regierung sind gestern nachmittag fortgesetzt worden. Das Reichsministerium hat in der Thüringischen Frage eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die den Vertretern Thüringens gestern mitgeteilt wurden. Es besteht Aussicht auf eine zeitungslose Friedigung der Angelegenheit.

Die wirtschaftlichen Grundlagen der Rentenmark

Rücksichtslose Sparsamkeit!

Hermann Hilgert, der Vorsitzende des Reichslandbundes und Mitglied des Verwaltungsrats der Rentenbank, hat gestern in einer Besprechung, zu der die Handelskammer Berlin eingeladen hatte, über die wirtschaftlichen Grundlagen der Rentenmark gesprochen. Dabei führte Hilgert im einzelnen aus:

Die Verantwortung könnte der Verwaltungsrat gegenüber den Anteilseignern und Geldbesitzern nur unter der Voraussetzung übernehmen, daß der Reichshaushalt ausbalanciert würde, bei daher keine Kosten der Kontrollkommissionen, keine Reparationszahlungen und keine Besatzungskosten tragen dürfe. Die Erfüllung des Kautskianer über die Übernahme der Besatzungskosten wäre somit ein schwerer Schlag für uns. Nach dem uns vorliegenden Material haben sich die Reichseinnahmen bereits gehoben. Die größte Sparsamkeit wird tatsächlich von der Regierung angeordnet. Wir fordern weiter rücksichtslos den Abbau im Reich, Staat und Gemeinden, die Entlassung aller parteipolitisch eingestellten Beamten, die Notwendigkeit brutaler Gehaltsbeschränkungen und rücksichtslosen Abbau der Preise, insbesondere der Großhandelspreise, die noch 20% über dem Friedenspreis stehen. Auch die Kohlenpreise müssen durch Mehrleistung und billigere Frachten auf den Friedensfuß herabgesetzt werden. Die Landwirtschaft ist bereits diesen Weg gegangen. Das Getreide ist billiger als im Frieden, die Brotpreise dagegen noch zu hoch. Wenn es nicht gelingt, die Brotpreise abzubauen, wird der Reichslandbund die Brotversorgung selbst übernehmen. Es ist nämlich ein Brot für 50-55 Pfg. herzustellen, in besserer Qualität als das jetzige. Statt Erhöhung der Sachwerte fordern wir ihre Vermehrung, Befreiung von der Fessel der Zwangswirtschaft, von Preisstarren und Subventionen. Aber auch die Lohnindikatoren müssen fallen, damit der Löhnlige wieder mehr verdient als der Bauer. Unser Ziel ist keineswegs die Diktatur der Wirtschaft, sondern der Staat soll zur endgültigen Finanzreform gezwungen werden und eine neue Inflation verhindern.

Reichsregierung und Rheinische Goldnotenbank

Die Beratungen, die das Reichsministerium gestern über die Frage der Rheinischen Goldnotenbank geführt hat, haben nach seiner ersten Beschlüssen geführt, da die Reichsregierung noch heute oder morgen Rücksprache mit den Persönlichkeiten zu führen gedenkt, die als Mitglieder der Bank in Frage kommen, in erster Linie also mit Herrn Louis Hagen. Auf Grund dieser Rücksprache werden dann diese Herren über die mit den Besatzungsbehörden und insbesondere mit Tirard erneut Prüfung nehmen und sich darauf abschließen müssen, ob die Gründung der Bank überhaupt noch in Erwägung gezogen werden kann.

Bekanntlich steht die Reichsregierung auf dem auch in den letzten Beratungen festgehaltenen Standpunkt, daß wenn unter französischem Druck eine vorläufige Gründung doch erzwungen werden sollte, dafür nur die Beteiligung von französischen und belgischem Kapital in Betracht komme.

Der Sturz des Franken

Deutschland ist natürlich schuld daran!

Finanzminister de Lasteyrie hat der Presse eine lange Erklärung abgegeben, in der er u. a. sagt, die eigentliche Ursache für das Sinken des Franken liegt darin, daß seit dem Kriege erhebliche Fremdenbeträge in den Händen von Ausländern seien. Die Franken stellten in den Händen der Ausländer eine Waffe dar, deren sie sich zur Verschlechterung der Marke bedienen könnten. Die Deutschen hätten gelernt, diese Art Operationen meisterlich zu handhaben, um damit einen Druck auf die französische Außenpolitik auszuüben und die Regierung in Paris zum Verzicht auf die Ruhraktion zu bestimmen. Die deutsche Propaganda verführe überall, daß Frankreich dem Verzicht entgegenkäme und daß der Sturz der Mark denjenigen des Franken nach sich ziehen werde. Die Regierung gedenke zunächst durch den Justizminister dem Parlament einen Ent-

wurf zur Verschärfung der bestehenden Gesetze gegen den Verkauf französischer Staatspapiere zu unterbreiten. Ferner seien Maßnahmen bei der Ermittlung der Durchschnittpreise an der Börse anzustellen. Es sei weiter eine Säuberung unter den verdächtigen Personen nötig, die der Devisenmarkt anzusehen pflege. Die Telefonverbindungen mit dem Ausland müßten überwacht werden. Daneben beschäufliche er, die Kontrolle der Devisentransaktionen zu verschärfen. Was aber in Wirklichkeit die französische Finanzlage betrafte, das sei die Reparationsfrage, die Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen, die Frankreich gezwungen habe, zur Anleihe seine Zustimmung zu nehmen, um den Gehalt des Wiederbaubudgets auszugleichen. Wenn Voincor die Rechte Frankreichs verteidige, verziele er damit auch den Franken.

Auf Anweisung des Innenministers ist der holländische Staatsangehörige Duzzen, der in Paris eine ausländische Bank vertritt, ausgewiesen worden mit der Begründung, daß er alarmierende Behauptungen über das Sinken des Franken geäußert habe.

Die Pfalz vor entscheidungsvollen Tagen

Der französische Besitzbesitzer von Zweibrücken hatte, wie gemeldet, in einer Bekanntmachung vom 4. Januar die separatistische „Regierung“ der Pfalz als ungesetzlich abgelehnt und nur die deutschen Behörden als zu Recht bestehend anerkannt. Rummel werden nun alle pfälzischen Zeitungen durch die Besatzungsbehörde gezwungen, in jedem Heft folgende „Berichtigung“ an der Spitze des Blattes zu bringen: „Nachdem die S. A. R. die Bestimmungen der Regierung der autonomen Pfalz, die ihr von dieser zur Genehmigung unterbreitet worden sind, am 2. Januar 1924 amtlich eingetragen hat, muß die Bekanntmachung des Delegierten von Zweibrücken vom 4. Januar 1924 an die dortigen bayerischen Behörden als null und nichtig betrachtet werden.“

Bisher war es üblich, daß die deutschen Bestimmungen und Gesetze zehn Tage nach der amtlichen Eintragung bei der Rheinlandkommission Gültigkeit für das besetzte Gebiet erlangten, wenn sie nicht ausdrücklich von der Rheinlandkommission abgelehnt wurden. Demnach wird in der Frage der Anerkennung der separatistischen Herrschaft in der Pfalz bis zum 12. Januar die Entscheidung der Interalliierten Rheinlandkommission fallen. Nachdem (auch nach Feststellung ausländischer Pressevertreter) 85% der Bevölkerung von dem Treiben der Sonderherrscher nicht wissen wollen, wird sich nun zeigen, ob die Rheinlandkommission diese von dem „Times“-Korrespondenten als „Küsterbande“ bezeichnete Herrschaft im Gegensatz zu den internationalen Abmachungen wirklich anerkennen wird.

Die Rückkehr der aus Offenburg Ausgewiesenen

Die Besatzungsbehörde hat, wie in Erklärungen unserer bisherigen Redaktionen noch mitgeteilt ist, nunmehr die Ausweisung von 64 Personen aus Offenburg, Sponheim und Ortenberg zurückgenommen und deren Rückkehr in das besetzte Gebiet anordnet. Darunter befinden sich 21 Glieder der zwei Postbeamten, zwei Geländeaufseher, 14 Gendarmen, 17 Schulleute, 8 Handwerker und sonstige Personen. Die Schulleute und Gendarmen haben jedoch ihre früheren Funktionen nicht wieder aufnehmen, weil sie durch andere Beamte bereits ersetzt sind. Die Ausweisungen der beiden Bäuermeister sind, wie bereits mitgeteilt, ebenfalls zurückgenommen; sie können ihren Dienst aber erst wieder aufnehmen, wenn die dazu erforderliche Erlaubnis des Generals der Rheinarmee eintrifft. Oberbäuermeister Köllner wird dann wieder auf seinen Posten zurückkehren, während Bäuermeister Dr. Bäcker nicht mehr nach Offenburg kommen wird, da er inoffiziell zum Bäuermeister der Stadt Worms ernannt wurde. Nur die zur Zeit im Gefängnis befindlichen Beamten St. Bogdanow und die Korradnante weiterer Ausweisungen in absehbarer Zeit in Aussicht gestellt.

Lezte Meldungen

Eine Zeitgenossin Goethes †

Berlin, 8. Jan. Im hohen Alter von 97 Jahren ist am gestrigen Dienstag Marie A. Delfers einen gewaltigen Tod gestorben. In ihrer Wohnung neben dem Ramin stand, wollte sie eine herbeigeführte stehende Kofee aufschäumen; ihre Stuhlbank stürzte über sie und die Stuhlbank wurde von den Klammern zerstückt, ehe ihr jemand zu Hilfe kommen konnte. Marie A. Delfers hat noch Goethe gekannt.

Breslau, 8. Januar. Am oberösterreichischen Weltkongress in Zagreb, Kreis Hindenburg, verzeichnete die Telegraphie die neunhundert Arbeitstätigkeit und trat in den Streik. Die Technische Rothilfe hat die Licht- und Stromversorgung für die Kreise Hindenburg und Gleiwitz aufrecht.

Bronjuwelen zum Bau von Eisenbahnen. Die persische Regierung hat beschlossen, einen Teil der Bronjuwelen und andere Rohstoffe, die der Regierung oder dem Hof gehören, zu verkaufen, um dadurch die notwendigen Gelder für den Bau von Eisenbahnen zu bekommen. Der Wert der Bronjuwelen wird auf sieben Millionen Pfund Sterling geschätzt.

Die verborgenen Anstifter der französischen Revolution

(Von unserem Pariser Korrespondenten)

Es dürfte im Ausland wenig bekannt sein, daß die französische Geschichtsforschung der Nachkriegszeit sehr wichtige Quellen zu erschließen vermochte, die sich auf den offenen Ausbruch der großen französischen Revolution — von der Erklärung der Bakin als gerechtem — und auf den gewaltig fortwährenden Lauf der Ereignisse beziehen. Im Jahre 1919 wurden einigen Forschern die Geheimnisse der Polizei unter dem unglücklichen Bourbonenkönig Ludwig XVI. zur Verfügung gestellt; kurz nachher glückte es zwei Historikern, einen Blick in die Urkunden zu werfen, die das britische Museum aufbewahrt. Schließlich gab die Freimaurerloge „Grand Orient“, Bewahrerin der kostbaren Bissen aller im Jahre 1789 tätig gewesen, „franc-maçons“ einige außerordentlich wertvolle Dokumente preis und veranlaßte durch diesen Schritt die während der großen Revolution mächtige schottische Loge, der französischen Verfassung gleichfalls einschlägiges Material auszuliefern.

So kam es, daß im Laufe der letzten drei Jahre nicht weniger als zehn ausführliche Schriften über die Revolution erschienen; dazu kommen noch Abhandlungen in den Revue-schriften und einigen Revuen. Das wertvollste Material ist jetzt von dem Historiker August de St. André gesammelt und unter dem Titel: „Les Auteurs cachés de la Revolution Française“ veröffentlicht worden. Wir entnehmen dem Inhalt des umfangreichen Werkes einige Merkwürdigkeiten:

Die Fremdeninvasion im Jahre 1788.

Ein halbes Jahr vor Ausbruch der Revolution wird in Paris ein ausländisches Bankiers-Syndikat gegründet, das sich aus englischen und italienischen Kapitalisten und schweizerischen Spekulantensammeln; drei Engländer, darunter der Schotte Baldwin, haben in Dresden Büros und erhalten aus dem Kabinett des Ministerpräsidenten ihre Befehle. Sie sind in der Lage, den Pariser Effektenhandel (der sich damals auf drei Aktien beschränkte), in die Hände zu bekommen; durch Kuriernachrichten lassen sie die Börse beeinflussen und bereiten in der Stadt eine unruhige Stimmung vor. Sie unterhalten 40 000 Menschen, die keinen anderen Beruf haben, als den, in Paris durch Hungertod und Rundschweifungen vor den Häusern der Aristokratie Unruhen hervorzurufen. Sie sind in Quimper gebürtig, haben aber die Köpfe voll von Geld. Nach ihrer gelungenen Demonstration werden ihnen von den Angehörigen des englischen Bankhauses Bond u. Kerr fünfzig Franken ausbezahlt. Zweimal kommt es zu Streiks der Unruhestifter. Sie verlangen höhere Bezahlung, denn bei den Manifestationen erhalten

sie von den königlichen Truppen trübselige Hiebe. Ihr größter Ansehensgewinn sah vier Wochen vor dem Sturz des Königs, als der Despotenmann Büts erhielt den Auftrag, Hungertruppen voranzutreiben zu lassen. Die Order lautete: „Sie müssen dafür sorgen, daß die Pariser Bevölkerung unter den Eindruck gelange, die Hungersnot wüde in der Hauptstadt. Lassen Sie Lebensmittel aufkaufen, damit die Preise steigen. Ihre Leute sollen auf den Plätzen um Brot schreien. Wenn die Truppe aufzieht, so soll Brot streuen.“ Es wurden auch viele Deutsche angeworben, um die Zahl der „besetzten Bankiers“ (so nannte man die im Dienste des Bankiersstandes stehenden Leute) zu vergrößern. Die Truppe des „Generals“ Henriot, eines wegen Diebstahls am königlichen Hofe mehrfach bestraften Kammerdieners, legte sich zum größten Teil aus Deutschen zusammen; sie war es, die den Bankiersstand ausübte. Auch die Erklärung der Kulisserien wurde von den Deutschen vollbracht. Geführt wurden sie von dem Polen Bogomski, einem wegen Ermordung seines Vorgesetzten bestraften, doch aus Warschau entflohenen Offiziers. Bogomski organisierte mit einem Amerikaner, zwei Deutschen und einem Belgier die Kulisserie im Juni 1792. Die Listen nennen unter den Führern nicht einen einzigen Franzosen. Bogomski sitzt am Scherzmaße.

Der deutsche Journalist Rebmans.

Die Polizei droht über den Deutschen Rebmans, der nach Entlassungnahme des Königs wegen „unruhigen Benehmens“ einen Posten im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten erhielt, keine andere Information als die folgende: „Er ist ein Verehrer Rousseaus und ein Freund der Illuminaten.“ Rebmans war aber ein gefährlicher Revolutionär, der Beziehungen zu dem Spion Ephraim, einem Berchtesgauer des Preussensüßes Friedrich, und zu dem berühmtesten Deutschen Anarchisten Kloss unterhielt. Er schrieb für Kloss zwei große Reden, die der Deutsche dann im Konvent — im Namen der Ausländer hielt. Rebmans gründete zwei deutsche Wochenblätter in Paris: „Die Götze“ und die „Schiffbrüche“. Beide blühten gegen die Girondisten. Er arbeitete übrigens sehr gut als Beamter im Außenministerium; neben Reinhard, einem Berliner Kaufmann, der gleichfalls in unsere diplomatischen Dienste trat, mochte er sich sehr verdienen. Er unternahm Reisen nach Berlin und Wien und scherte mit Informationen beim, die nach dem Ausbruch des Krieges gegen Oesterreich für das Direktorium sehr nützlich waren. Rebmans nannte Rebmans den „Küster der Deutschen, den er niemals gekostet“ und ließ eine Straße nach ihm benennen. Rebmans verließ Paris, da er unter dem Spionats der Spionage verdächtigt wurde.

Die revolutionäre Presse

Nicht ein einziges Journal der Revolutionszeit ist im französischen Gelde gedruckt und betrieben worden. Der Engländer Kull-

Die Landgemeinden im neuen Jahr

Von Dr. Berthold, R. d. N. B. R.

Was ich für die Landgemeinden wünsche soll? Aus, zunächst Erfüllung wenigstens im Jahre 1924 derjenigen Wünsche, die für 1923 ausgesprochen, aber nicht in Erfüllung gegangen sind; also vor allem erhöhte Befähigung der Wirtschaft, Wiedererrichtung der etw. Steuerhöhe und Ueberwindung der allzu reichlichen Rinderkrankheiten der — für die Gemeinden übrigens doch nur nichts Neues darstellenden — Demokratie. Im übrigen möchte ich den Landgemeinden, daß es ihnen ansonsten möge, zu der erwähnten Befähigung der Wirtschaft selbst beizutragen und zwar durch vorübergehende Prüfung und Klärung der Frage, inwiefern die Gesamtheit unter den veränderten Verhältnissen nach die Möglichkeit und die Zweckmäßigkeit hat, für den Einzelnen aufzukommen, d. h. sozial zu wirken. Gerade der enge Kreis der Gemeinden und die unmittelbaren Beziehungen ihres Mitarbeiters zu der Gesamtheit ist zur Klärung dieses Problems besonders geeignet und geeignet.

Endlich muß die Gesetzgebung ihre einschneidende Einwirkung auf Großstädte und größere Städte aufheben. Die letzte Art der Gesetzgebung läßt nämlich in ihren Urteilen, wie in der Art ihrer Bestimmungen wie in den dazu erlassenen Ausführungsverordnungen in der Regel nur Gesichtspunkte erkennen oder wenigstens übersehen, die auf Großstädte zugeschnitten sind, aber nicht auf die Landgemeinden passen und föhri damit nur dazu, den Gegensatz von Stadt und Land zu verschärfen. Das muß vom parlamentarischen Standpunkt verurteilt werden; das bisherige Vorhaben ist aber auch sachlich unbearbeitet, denn in Preußen stellen die Landgemeinden schon ihrer Einwohnerzahl nach mehr als die Hälfte aller Gemeinden und die „Gemeinden“ bilden etwa das Dreifache der Städte. Noch viel unangenehmer liegen die Dinge für die Städte in Bayern, Württemberg und Baden. Nicht nur für die Städte und in der Demokratie entscheidet es wohl die Mehrheit.

Lehr. 7. Jan. Wegen Beilegung an den feierlichen Einweihungsmitteln in Baden ist hier noch ein Mitglied der Badischen Verbandsversammlung worden, der sich bei der Schließung an Gesundheitsbeamte beteiligen wollte. Wegen Beilegung an seinen Anrufen sind ihm 14 Franken verbietet.

sw. Worms, 7. Jan. Ein Autounfall ereignete sich auf der Frankfurter Chaussee. Infolge des Stätteltes kam das Verhängnis über den Besonderen Brauer an einer Kurve im Rücken und fiel die Böschung hinab. Während die Anlosen mit dem Schreden davon kamen, wurde der Chauffeur so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

sw. Darmstadt, 7. Jan. Koch der elften Kette wurde gestern hier der erste Schmetterling anlangen. Möge er bei der Broom Hofmet einen recht guten Frühling dröben.

Städtische Nachrichten

Zur Landabgabe-Frage

Unter vorstehender Ueberschrift verbreitet die badische Landwirtschaftskammer Auslassungen über die Erhebung der Landabgabe in Baden, die, so wird uns von der Pressabteilung der badischen Regierung geschrieben, in mehrerer Hinsicht der Berücksichtigung bedürfen. Nach jener Darstellung wäre in Baden die dreiteilige Landabgabe mit dem gemeinen Wert ihrer landwirtschaftlichen Betriebe zum Wehrbeitrag und somit auch zur Landabgabe herangezogen worden. Dies ist durchaus nicht richtig. Wohl ist namentlich die mittlere und kleine Landwirtschaft mit dem badischen Vermögenssteuerwert zum Wehrbeitrag herangezogen. Aber einmal ist das gesamte Vermögen der mittleren und kleinen Landwirtschaft, das bei Feststellung des gemeinen Werts des Betriebes einzugehen wäre, bei der badischen Vermögenssteuer und somit auch beim Wehrbeitrag freigeblieben worden. Weiter sind weitens die meisten Grundstücke in Baden, nämlich alle besitzlosen, im Jahre 1900 zwar nach den Verkaufspreisen der vorhergehenden Jahre zur badischen Vermögenssteuer eingeschätzt worden, diese Verkaufspreise, die auch nach der Vermögenssteuer für 1915 zu Grunde lagen, waren aber am 31. Dezember 1913 dem Stichtag für den Wehrbeitrag, längst weit überholt. Es wird auch der badischen Landwirtschaftskammer bekannt sein, daß gerade in der Zeit zwischen 1899 und 1914 die wirtschaftlichen Verhältnisse zu Gunsten der Landwirtschaft grundlegend übertrieben, was auch nicht ohne Einfluß auf die Grundstückspreise geblieben ist. Es ist somit vollständig irreführend, zu behaupten, die Grundstückspreise der badischen Vermögenssteuer vom 31. Dezember 1913 seien gemeine Verkaufspreise.

Auch die weitere Behauptung in der eingangs erwähnten Darstellung, daß die größeren Grundstücke in Baden gegenüber dem Mittel- und Kleinbau unvorteilhaftig geringer durch die Landabgabe belastet würden, dürfte zum mindesten in dieser Allgemeinheit nicht nachgewiesen werden können. Zugegeben muß werden, daß die größeren Höfe aufgrund ihrer Ertrags- und wertberechnungen vielfach verhältnismäßig geringer zu Wehrbeitrag und Landabgabe herangezogen sind als mittlere und kleinere landwirtschaftliche Betriebe. In der Schrift „Landwirtschaftliche Betriebsverhältnisse in Baden in den Wirtschaftsjahren 1912/13 u. 1913/14“, Heft 2, herausgegeben und besetzt von der Badischen Landwirtschaftskammer ist aber auf Grund der Buchführung der badischen Landwirtschaftskammer im Winter der Jahre 1910—13 für Betriebe von 2—5 Hektar ein Durchschnittsertrag von 130 24 Pfg. für Betriebe von 20—30 Hektar ein Durchschnittsertrag von 72,76

lodge publiziert „La Quingaine“, sein Landmann Swinton „Le Courrier de l'Europe“, die Gesellschaft zur Rettung der Meerestiere, durchwegs Engländer, Deutsche und Belgier den „Oberwälder“. Der Deutsche Kloss gibt das Blatt „Bouche du Fer“ heraus, zusammen mit dem Belgier Thomas Poins. Der Deutsch-Amerikaner Oswald veröffentlicht die „Chronique du Mois“. Das „Journal National“ wird durch die Berliner Regierung, bezüglich dem Volkshof in Paris, von der Götze unterhalten. Ein illegitimer Sohn des österreichischen Ministers Kaulich, Prinz, leitet den „Cosmos-Magazin“. Der Mailänder Corani den „Mantour“, der Prinz von Hessen das „Journal des hommes libres“, der Deutsche Schneider den „Argus“. Kloss inspiriert die Kritik an Camille Desmoulins, Poins die Kritik an Bristot. Außerdem erscheinen noch vier englische, drei italienische und (außer den erwähnten zwei deutschen) noch drei schwedische Wochenblätter.

Die Beispottung der Königin Maria-Antoinette wird von London aus betrieben; ein Journalist, namens Angstadt, schreibt den ersten Spottartikel gegen sie. Alle Pamphlete, Spottzeichnungen usw. kommen aus London. Die phrygische (Katholiken-) Mütze wird aus der Schweiz importiert. Ihre Zeichnung erhielten zum ersten Male in Rebmans „Götze“. Später wird auch die Erhebung der Steuern zu einer Weltkriege von einem bayerischen Illuminaten besprochen.

Die Verhinderung der Kronjuwelen Ludwig XVI.

Mirabeau, als Politiker ebenso Krupplos, wie er als Mensch bei Reichlich und wachlos in seinen Akten war, um die „Liebe“ einer Frau zu erlangen, scheute vor Unterthölung einer Frau zu schmeicheln. Seine Summe nicht zurück, die durch Verhinderung der Kronjuwelen Ludwig XVI. möglich gemacht werden konnte. Er vertrieb die Frau des Hofen Levetiers, Georg Schweizer. Um sie zu gewinnen, verschaffte er ihrem Mann, einem durchaus unerfahrenen Ideologen der großen Revolution, die Affäre, nach Amerika zu reisen, dort sollten die Juwelen des Königs und der Königin zu verkaufen. Bevor Schweizer die Reise antrat, ließ sich Mirabeau einige Entschädigungen und nachpanderte sie heimlich. Der hinförmige junge Mensch wurde aber von einem Engländer, namens Swann, betrogen. Als er in Amerika eintraf, verriet er in die Rep. Swanns, der ihm die Schätze gegen einen Betrag von etwa 100 000 Francs abknöpfte. Inzwischen war sich Mirabeau um die Gunst der daheimgebliebenen Gattin. Er drehte ihr, als sie kleinen Mädchen nicht willfahren wollte, mit der Verhinderung Schweizer als Betrüger. Die unruhige Frau mußte trotzdem zurück. Sie mochte ihrem Gatten, in welche Lage sie geraten. Verließ ihr Haus und nahm bei einer Freundin Zuflucht. Dort blieb sie, bis Schweizer zurückkam. Mirabeau ließ den angehenden Betrüger nach Genf entkommen, denn er wollte, daß die Aufdeckung der Geschichte auch für ihn sehr nachteilig wirken würde.



**Gerichtszeitung**

**Strafkammer Mannheim**

**Verurteilung der Plünderer bei Rander — Gefängnisstrafen bis über 1 1/2 Jahre**

Mannheim, 8. Jan. (Strafkammer III.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Wischer; beisitzende Richter sind die Landgerichtsräte Dr. Gejer, Hofr. Dr. Kohler und Dr. Arnold. Vertreter der Staatsanwaltschaft H. Kessler Dr. Silberstein.

Der wegen Körperverletzung, Widerstands, Gefangenentreue, Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Diebstahls und Heberei schon sehr empfindlich vorbestrafte Holzarbeiter Christian Seher hat sich trotz seiner vielen Verurteilungen nicht beerdern können, den Plünderungen bei Rander fernzubleiben. Das Sprichwort: Gebraute Rinder fürchten das Feuer! läßt sich auf den Angeklagten also nicht anwenden. Raum einen Monat aus dem Gefängnis entlassen, befragte er sich bei den Urteilen. Er wohnte bei seiner Mutter in der Uferstraße und hat von dort aus die Annehmlichkeiten und Plünderungen bei Rander gesehen. Da litt es ihn nicht mehr zu Hause; er ging fort und stellte sich an eine zertrümmerte Kutsche bei Rander. Da seien ihm zwei Händen an den Kopf geflossen. Der mitangeklagte Seher sei hinter ihm gestanden und habe die Ware an sich genommen. Dr. Silberstein verwies auf die Beweismittel und den Hohn zu Widerstandlichkeiten des Angeklagten, dessen Vergehen an erdrosselnden Handfriedensbruch grenze. Straf mildernd komme seine Notlage in Betracht und der Umstand, daß der Angeklagte seine alte Mutter und ein uneheliches Kind zu versorgen habe. Aus diesen Gründen will der Vertreter der Staatsanwaltschaft von einer mehrjährigen Zuchthausstrafe absehen; er beantragte aber eine empfindliche Gefängnisstrafe. R. A. Reuman n glaubt nicht, daß sein Mandant die Ablicht der Plünderung gehabt hat und bittet um mildernde Umstände. — Das Urteil lautete auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis.

Frau Rosa Schauf, geborene Behreder aus Waldhof, hat bei den Plünderungen bei Rander zwei eiserne Kochtöpfe in der Ablicht mitgenommen, diese für sich zu behalten. Sie gibt an, daß sie nur aus Reugier zu Rander gefahren sei und sich bei der Wiedernahme der Waren nichts gedacht hat. Die Angeklagte ist geschädigt und bedauert ihre dumme Tat. Kessler Dr. Silberstein beantragte 7 Monate Gefängnis. R. A. Hardung beantragte Strafmilderung auf Wohlverhalten. Das Gericht erkannte auf 4 Monate; es berücksichtigte dabei den bisherigen guten Leumund der Angeklagten.

Die 27jährige unverheiratete Katholice Grün von Mannheim beteiligte sich bei den Einkaufungen am Kaufhaus, am Wehlplatz und bei den Plünderungen bei Rander. Sie ist schon einige Male wegen Eigentumsdelikte bestraft. Sie hätte daher vernünftiger getan, wenn sie zu Hause geblieben und Arbeit verrichtet hätte, als sich auf der Straße herumzutreiben. Bei Rander soll sie eine der ersten gewesen sein. Als sie auf die Postkutsche gebracht wurde, trug sie unter ihrem Heberock verborgen zwei Steinfäden auf dem Beine. Außerdem hatte sie ein großes schwarzes Paket mit gelblichen Waren. Sie ging zuerst zu ihrem Onkel und veranlaßte einen Sach, der ihr aber verweigert wurde. Untermens geriet sie durch ihre eigene Dummheit in die Hände der Polizei. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft Dr. Silberstein beantragte 10 Monate Gefängnis. — Das Gericht erkannte auf 8 Monate.

Die Frau Elise Hübner geb. Seib und die verheiratete Auguste Ren geb. Bauer wurden bei den Plünderungen von der Schupo gefangen. Frau Hübner, die schon vorbestraft ist, verwendete bei Rander 3 Maßgeschlösser, 7 Kochtöpfe, 2 Salzläufer, 1 Blechtopf und 1 Kaffeekanne. Als sie zum gestohlenen Rande bei Rander war und dabei die Ren mitgenommen hatte, wurden beide beim Verlassen des Raumes von der Schupo gefasst. Im Besitz der Ren befanden sich Schmuckstücke und Knöpfe. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft kritisierte in scharfen Worten das diebstahlartige Verhalten der Frau Hübner, die lediglich aus brutaler Lust am Verfüren und Stehlen bei den Plünderungen beteiligt. Er beantragte gegen beide Gefängnisstrafen nicht unter 1 Jahr 3 Monate. R. A. Reits erkannte um mildernde Umstände und Strafmilderung auf Wohlverhalten. — Das Urteil lautete für die Hübner auf 1 Jahr und für die Ren auf 6 Monate Gefängnis. Die Ren wird entlassen, die Hübner wandert ins Arbeitshaus.

Der jugendliche Bill Schuster hat bei Rander eine Rolle Spielzeug, 3 Aluminiumstücke, 4 Schals, 4 Stäben und 1 Korsett mitgenommen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft sprachenerferte den Angeklagten als einen leinen Raubstehlen, die alles niederrufen und zerstören, bei denen eine gehörige Tracht Prügel am besten Abhilfe schaffen würde. — Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis.

**Verurteilung wegen Einbruchs und Erpressung**

Mannheim, 8. Jan. (Strafkammer III.) Ein gewisser Einbrecher ist der Arbeiter Friedrich Wilhelm Scheuble aus Karlsruhe. Um in den Besitz von Geld zu kommen, stieg er in der Nacht des 20. August in die Wohnung des Baubeamten Hubert im Fortgang ein und eignete sich reichliche Summen im Werte von damals 2 Millionen an. Bei dieser Gelegenheit fiel dem Scheuble auch ein Schloßbuch in die Hände. Von diesem rief er drei Schloßbrenner und ließ diese auf drei Versionen mit Beträgen von 1, 5 und 10 Millionen A. aus. Über die Sache war doch zu phimp gemacht, denn die Schloßbrenner kamen sehr bald heraus. Unter Anwendung einer ihm vom Volksgericht Passau erteilten Strafe erbrüll er heute eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren 6 Monaten. Der gefällige Einbrecher wird wieder nach der Befangenenschaft Bernau geschickt, wo er verdammt.

Joseph Wiegand aus Mannheim hatte an R. A. Dr. Weissenberger einen dringenden Brief geschrieben und zugleich eine Erpressung damit verbunden. Das Schöffengericht verurteilte den Diebstahl zu 3 Monaten Gefängnis. Seine gegen das Urteil eingelegte Berufung wurde verworfen.

**Neues aus aller Welt**

— **Tod durch Weichheitsfehler?** Der 30jährige Arzt Dr. Vertigold 888 nert aus Karlsruhe ist von der Silberfäule in den Tod gegangen. Er hielt sich bei einer Familie in der Pflefferstr. 9 in Leinheim auf und erkrankte hierin an Weichheitsfehler. Das neue Jahr. Es wurde angeblich nur mäßig dem Wunsch zugesprochen. In der Nacht hellten sich bei mehreren Werten unangenehme Dr. Leinheimungen mit Erbrechen ein. Sie traten bei Dr. Vertigold so heftig auf, daß er in den Nachmittagsstunden des Neujahrstages verschied. Der Arzt Dr. Kähler ist mit dem Totenschein den Veracht der Vergiftung durch Weichheitsfehler aus. Die Leiche wurde polizeilich beifolgnahmt.

— **Im D-Aus immer bedürftig** wurde ein Berliner Erfindungsreicher auf der Fahrt von Holland nach Berlin. Als der Zug in Löhne sich nach kurzem Aufenthalt wieder in Bewegung setzte, sprang im letzten Augenblick ein Mittelständer aus dem Abteil zweiter Klasse mit einem Koffer hinaus und eilte durch die Sperre. Zu spät sah der Großindustrielle, daß es sein Koffer war, den der Reisegast, ein ziemlich beleibter Herr, mitgenommen hatte. Der Polizeibeamte benachrichtigte von der nächsten Station aus die Polizei in Berlin, die Ermittlungen blieben jedoch erfolglos, schließlich nur zwei Mann durch die Sperre gegangen waren, der eine mit einer Pistole aus Berlin, der andere mit einer aus Weimar. Der Koffer enthält außer anderen wertvollen Sachen eine dem 18. Jahrhundert kommende Uhr mit Goldbronzepol, einem Werk allerhöchster Waffenmeisterkunst, das Gefährt eines englischen Königs an einen hannoverschen General. Für die Freigabe des Diebes hat der Schloßherr eine Belohnung von 500 Goldmark für die Wiederbefreiung des gestohlenen Gutes 30% des Wertes angelehrt.

**Wetterbeobachtungen im Monat Januar**

Wetter-Tag	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	
Temperatur	2,7	1,9	2,0	1,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wind	SW																															
Niederschlag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Rel. Feuchtigk.	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85	85
Windgeschw.	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Windrichtung	SW																															

**Aus Handel und Industrie**

**Die Verordnung über Goldbilanzen**

III.

(1) Bei Neugründungen von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung muß das Eigenkapital auf Goldmark gestellt werden.

(2) Das Grundkapital einer Aktiengesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien muß mindestens fünfzigtausend Goldmark betragen. Die Aktien und Interimscheine müssen auf einen Betrag von mindestens einhundert Goldmark, im Falle des § 180 Abs. 3 des Handelsgesetzbuchs auf mindestens zwanzig Goldmark gestellt werden. Im Falle des § 180 Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs kann ein Mindestbetrag von zwanzig Goldmark zugelassen werden.

(3) Das Stammkapital einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung muß mindestens fünfzigtausend Goldmark, die Stammeinlage jedes Gesellschafters mindestens fünfzig Goldmark betragen; die Einzahlung auf die Stammeinlage (§ 7 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung) muß mindestens ein Viertel des Betrags der Stammeinlage und mindestens fünfzigtausend Goldmark betragen.

Die im § 10 Abs. 2 und im § 17 Abs. 2 Satz 2 und 3 genannten Beträge treten an die Stelle der im § 180 des Handelsgesetzbuchs vorgesehenen Mindestbeträge.

(4) Die infolge der Aufstellung der Eröffnungsbilanz, insbesondere infolge der Umstellung sich ergebenden lediglich zahlenmäßigen Veränderungen in dem Vermögen der im § 1 bezeichneten Kaufleute sowie deren Gesellschafter gegenüber den für die Besteuerung maßgebenden Werten begründen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer

und Vermögenssteuer der vorangegangenen Steuerjahre keine Steuerpflicht. Die infolge der Umstellung sich ergebenden lediglich zahlenmäßigen Veränderungen in dem Vermögen der im § 5 bezeichneten Gesellschaften sowie deren Gesellschafter unterliegen keiner Kapitalverkehrssteuer.

(5) Wird im Falle des § 5 Abs. 2 ein Kapitalerwertungskonto in die Bilanz eingestellt, so dürfen die zu seiner Tilgung verwendeten Beträge vom steuerbaren Einkommen nicht abgezogen werden; § 7 Nr. 3 des Körperschaftssteuergesetzes findet insoweit keine Anwendung.

(6) Wird im Falle des § 5 Abs. 2 das Vermögen durch neue Einlagen bis zur Höhe des Eigenkapitals vermehrt, so findet auf die zur Vermehrung bewirkten Zahlungen und Leistungen die Vergünstigung des § 13 zu 6 des Kapitalverkehrssteuergesetzes keine Anwendung; das gleiche gilt für Zahlungen und Leistungen, die zur Tilgung des Kapitalerwertungskontos bewirkt werden.

(7) Der Erwerb der im § 12 bezeichneten Genussscheine durch den ersten Erwerber ist von der Gesellschaftsteuer des Kapitalverkehrssteuergesetzes befreit.

§ 20.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu erlassen; sie kann Ausnahmen von den Bestimmungen der Verordnung zulassen und, soweit es sich als notwendig erweisen sollte, für besondere Fälle allgemeine Anordnungen erlassen oder abweichenden Inhalts treffen sowie auf der Grundlage der für Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung geltenden Bestimmungen die Bilanzierung, Umstellung und Neugründung anderer Arten von Unternehmungen in Goldmark regeln.

**Der Abbau der Außenhandelskontrolle**

Die der Außenhandelsstelle für den Maschinenbau bisher zustehende Befugnis zur Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen ist mit Wirkung vom 1. Januar 1924 zurückgezogen worden. Fortan werden Ein- und Ausfuhrbewilligungen dieses Geschäftsbereichs ausschließlich vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Berlin W. 15, Lietzenburgerstraße 18, erteilt.

**Warenverkehr mit dem Saargebiet**

Die Handelskammer Saarbrücken hat ein Merkblatt über den Handelsverkehr mit dem Saargebiet herausgegeben, wie er sich nach dem Stande vom 1. Januar 1924 gestaltet. Die Angaben umfassen den Warenverkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem Saargebiet und zwar die Ausfuhr nach dem Saargebiet und die Einfuhr in das unbesetzte Deutschland, sodann den Warenverkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem Saargebiet. Das Merkblatt bringt genaue Angaben über die erforderlichen Ausweise, Ursprungsnachweise, Ausfuhrerklärungen, statistische Anmeldebescheinigungen, Devisenabfertigungszoll usw. Die Handelskammer Mannheim bringt das Merkblatt zur Kenntnis der Interessenten.

**„Rheinischer Atlas“ Transport- und Rückversicherungsbank A.-G. in Ludwigshafen a. Rh.**

Im Atlas-Konzern, dem bereits die Deutsche Lebensversicherungsgesellschaft „Atlas“, der „Neue Atlas“ (Leben und Unfall) und der „Deutsche Atlas“ (Haftpflicht, Autokasko, Feuer, Einbruchdiebstahl und Aufruhr) angehören, ist unter führender Beteiligung der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. und anderer dem Konzern nahestehender Wirtschaftskreise vor allem der Pfalz eine neue Versicherungs-Gesellschaft gegründet worden, der „Rheinische Atlas“ Transport- und Rückversicherungsbank A.-G. in Ludwigshafen a. Rh.

Die neu gegründete Atlas-Bank, welche die Transportversicherung sowie die Rückversicherung in allen Zweigen betreibt, betrachtet es als ihre Hauptaufgabe, den besonderen Bedürfnissen des besetzten Gebietes in Bezug auf Transportversicherung Rechnung zu tragen, ohne indes den Bereich ihrer Tätigkeit auf dieses Gebiet zu beschränken. Sie stützt sich dabei auf die Organisation des Atlas-Konzerns, die im Verlaufe von mehr als 25 Jahren von der Deutschen Lebensversicherungsgesellschaft Atlas aufgebaut worden ist und erfreut sich der Unterstützung der ihr befreundeten Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G., insbesondere auch soweit sie außerhalb des eigenen Konzern Rückversicherung in Anspruch nehmen muß. Der „Rheinische Atlas“ ist eine von allen Verbindlichkeiten freie Neugründung, deren Aufbau und Betätigung auf modernster Grundlage erfolgt.

Das Aktienkapital beträgt sechs Milliarden A. und zwar 5 Milliarden A. Stammkapital und 1 Milliarde A. Vorzugsaktien. Die Ausgabe der Aktien erfolgt auf der Grundlage einer von der Verwaltung der Bank vorgenommenen Bewertung auf Goldmarkbasis, so daß die Schaffung eines mit der Ausbreitung des Unternehmens schrittweises Goldmarkkapitals sichergestellt ist.

Den Aufsichtsrat des „Rheinischen Atlas“ bilden die Herren: Geheimrat Franz von Wagner, Präsident der Handelskammer Ludwigshafen a. Rh., Vorsitzender, Fabrikant Dr. Friedrich Raschig i. Fa. Chemische Fabrik Dr. F. Raschig in Ludwigshafen a. Rh., stellv. Vorsitzender, Wilhelm Bürklin, Bankier i. Fa. G. F. Grob-Henrich in Neustadt a. H., München, Richard Gehcke, Direktor der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. in Frankfurt a. M., Julius Gimbel, Großkaufmann i. Fa. Gimbel u. Neumond G. m. b. H. in Ludwigshafen a. Rh., Dr. Paul Gorlitz, Landwirt in Heidesheim (Pfalz), Karl Götte, Generaldirektor der Dinos-Verkehrsgesellschaft in Berlin, Gustav Hanser, Landtagsabgeordneter in Stuttgart, Wilhelm Hödel, Direktor der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. in Frankfurt a. M., August Leber, Generaldirektor in Nürnberg, Otto Leber, Direktor in Nürnberg, Paul Müller, Direktor der Arbus-Speditions- und Binnenschiffahrts-Gesellschaft in Königsberg i. Ostpr., Georg Nägele, Weingutsbesitzer in Hambach (Pfalz), Emil Netter, Großkaufmann i. Fa. Wolf Netter in Ludwigshafen a. Rh., Heinrich Ruppel, Fabrikant in Fa. J. Ruppel G. m. b. H. in Ludwigshafen a. Rh., Gustav Thalheimer, Großkaufmann in Fa. Gebrüder Thalheimer, Ludwigshafen a. Rh., und Albert Wagner, Ingenieur und Fabrikant in Ludwigshafen a. Rh.

Zu Vorstandsmitgliedern sind bestellt: Joseph Kederer, Vorsitzender Direktor, Professor Joseph Kohurger, Direktor, Rechtsanwalt Dr. Josef Pfister, Direktor und Fritz Schippmann, Direktor.

**Brasserie Schwartz-Storchen A.-G., Speyer**

Die diesjährige o. G.-V. war von 13 Aktionären besucht, die 3647 Stimmen vertraten. Die Vorlagen wurden einstimmig genehmigt. Die schwerwiegenden Verhältnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres gestatten es nicht eine Dividende zu verteilen. Der Reingewinn von 211922 A. wird auf seine Rechnung vorgetragen.

\* Neckar A.-G. in Stuttgart. Die Gesellschaft wird sich weiter an der Großkraftwerk Mannheim A.-G. beteiligen.

\* Süddeutsche Beamtenversorgung- und Kreditgesellschaft A.-G. in Mannheim. Die am 26. Januar stattfindende o. G.-V. soll u. a. auch über einen Fusionsantrag Beschluß fassen. Wie aus der Tagesordnung ersichtlich ist, handelt es sich hierbei um einen Fusionsantrag mit der Verkehrsbank für Industrie und Landwirtschaft in Stuttgart unter Umwandlung der Vorzugsaktien in Stammaktien.

\* Wäsche- und Schürzenfabrik A.-G., Ulm. Die Verwaltung schreibt uns: Das bisherige Mitglied Vorstandsmitglied Mann ist mit Wirkung vom 29. 12. 1923 aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die alleinige Leitung der Gesellschaft liegt nunmehr in den Händen des Vorstandes Erwin Bach. Die Gesellschaft wird ihren Betrieb in der Weise erweitern, als sie die Fabrikation von Bettwäsche vergrößert und die Herstellung seiner Damenwäsche neu aufnimmt. Das Geschäftsergebnis des abgelaufenen Jahres kann als sehr günstig bezeichnet werden. Auch für das laufende Geschäftsjahr sind gute Aussichten vorhanden, zumal die Gesellschaft seit langer Zeit durchaus voll beschäftigt ist.

\* S. H. Wiedemann, A.-G. für Metall-Legierungen, Duisburg. In der o. G.-V. wurde der Abschluß zum 30. Juni 1923 genehmigt, ferner Aufsichtsrat und Vorstand Entlastung erteilt. Der Aufsichtsrat wurde für weitere vier Jahre wiedergewählt. Der Gewinnsaldo von ca. 240 Millionen A. (einer Dividende von 800 Prozent entsprechend) wurde dem Reservefonds überwiesen bzw. auf neue Rechnung vorgetragen. Die Aussichten für die Zukunft sind trotz starker Nachfrage nach Weiß-Lager-Metall und Rotguss noch ungeklärt. Die Fabrikation für das besetzte und das unbesetzte Gebiet hat sich bewährt. Die Verkaufsorganisation ist weiter ausgebaut worden.

\* Personalien. Bei der Firma C. Wilhelm Walter, Mannheim (Fabrikation von Asbest- und Gummiwaren, techn. Bedarfs-Artikel, Dichtungsringsanlagen) wurde dem Sohn des Inhabers, dem bisherigen Mitarbeiter Wilhelm Walter, Einzelprokura erteilt.

**Börsenberichte**

**Mannheimer Effektenbörsen**

\* Mannheim, 8. Jan. Die Börse zeigte ruhigeren Haltung, auch sind die Kurse vielfach niedriger. Von Bankaktien stellen sich: Pfalz. Hypothekbank 4,50 bez. u. G., rat., Rhein. Creditbank 4,90 bez., Rhein. Hypothekbank 4,25 bez. u. G., rat., und Südd. Disconto 15 G. Anilin wurden zu 29,50 gehandelt, ebenso Rhensium zu 14 während Oelaktien zu 50 und Westergulen zu 34 gefragt blieben. Weiterhin waren im Verkehr: Benz zu 5, Dampfkeaselfabrik Rosberg zu 6, Fahr zu 6, Waggonfabrik Puch zu 3,25, rat., Braun-Konserven zu 1,80, rat., Mannh. Gummi zu 3,75, Pfalz. Mühlenwerke zu 4, rat., Cementwerke Heidelberg zu 17,50, rat., Rhein-Elektra zu 5,50, Wassy u. Freytag zu 4, Zellstofffabrik Waldhof zu 12,75, Zuckerfabrik Frankenthal zu den Kursen von 6,75 und 7,25 und Zuckerfabrik Waghäusel zu den Kursen von 7, rat., und 6,75. Von Versicherungsaktien sind Mannheimer Versicherungs-Aktien höher notiert 45 G. und Württemb. Transport-Versicherungs-Gesellschaft 25 bez. u. G. Gleichfalls höher waren einzelne Brauereaktien: Mannh. Aktienbrauerei 15 bez. u. G., rat., Brauerei Sinner 11,50 bez. u. G., rat., und Weger, Worms 25 bez.

**Schiffahrt**

\* Der Rheinhafen in Basel. Der Schiffsverkehrsverkehr am Rhein hat im Jahre 1923 gegenüber dem Jahre 1922 wiederum zugenommen. Es wurden im ganzen 39829 Tonnen befördert, hiervon 25664 t rheinabwärts, Rheinabwärts gingen 14165 t, d. s. 35 Prozent der Gesamttonnage oder 55 Prozent der Flußaufwärts beförderten Warenmenge. Die entsprechende Ziffer betrug für das Vorjahr nur 34 Prozent, woraus zu ersehen ist, daß der Verkehr rheinabwärts stark zugenommen hat. Wie der „European Commercial“ berichtet, sind die französischen Pläne für die Errichtung eines Seitenkanals und einer Kraftanlage in Kemps im Elsaß der schwedischen Regierung vorgelegt und von ihr als Verhandlungsbasis angenommen worden.

**Waren und Märkte**

Lohnlohn, 7. Januar (WB) Metallmarkt. (In Lot. l. d. engl. t. v. 1016 kg)					
7.	8.	9.	10.	11.	12.
Roggen 60,84 61,87	Wassereisen 60,73 61—	Zink 34,2 34,27	do. 3 Monat 61,50 62—	Nickel 123— 123—	Quecksilber 9,54 9,57
do. 12 Monat 61,50 62,50	Zinn Kasen 239,50 241,80	Regulus 45— 45—			

Druckerei, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Gust. Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E. 1, 2. Druckerei: Friedrichs-Druckerei — Gutenberg-Druckerei. Verantwortlich für den polizeilichen und telegraphischen Teil: Gust. Mannheimer. Verantwortlich für den gewerblichen Teil: Fritz Sommer; für den öffentlichen Teil: Richard Schindler; für Sport und Neues aus aller Welt: Fritz Sommer; für Gesellschaftsberichten, Rat den Combe, Währungsberichte, Bericht über den öffentlichen Teil: Fritz Sommer; für Anzeigen: Carl Gluck.

Ständesammlige Nachrichten.

December 1923 Verlobte. 27. Frau Dr. W. Schärer u. Maria Schärer... 28. Schiffsheizer Karl Dand u. Kath. Sch... 29. Oberleutnant W. Kraut u. Wilhelmine Schurider...

29. Köchlein Maria Köllert u. Anna Köllert... 30. Wastelweber Heinrich Köllert u. Luise Köllert... 31. Schneidermeister Otto Köllert u. Anna Köllert...

32. Kaufmann Adolf Köllert u. T. Emma Köllert... 33. Frau W. Köllert u. T. Emma Köllert... 34. Herrmann Josef Köllert u. T. Emma Köllert...

35. Dienstm. Elisabeth Köllert, 19 J. 6 M... 36. Frau Köllert, 104 J. 6 M... 37. Frau Köllert, 104 J. 6 M...

Offene Stellen. Für meine Abteilung Auto-Zubehör (Schrauben und Gewinde) tüchtiger, arbeitserprobter junger Lagerist...

Stuttgarter Kohलगroßhandlung sucht zum raschmöglichen Eintritt zwei jüngere Herren für die Versand-Abteilung...

Buchhalter (in) zum sofortigen Eintritt gesucht. Off. Angebote mit Gehaltsansprüchen unter N. O. 77 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Tüchtiger Dreherkontrollleur von kleiner Maschinenfabrik in Lampertheim zum sofortig. Eintritt gesucht...

Elektro-Großhandlung sucht per sofort in der Stadt und Baden bestm. angelegten Reise-Vertreter...

Bedeutende Stahlgroßhandlung sucht für ihre Abteilung Edeltahl und Blankmaterial einen tüchtigen, bei den Verbraucherkreisen gut eingeführten und mit der Branche vollständig vertrauten Reisenden...

Zuschneiderin möglich im in Geschäftsgebiet 12116. sofort gesucht. Baum & Rothschild, Schürzenfabrik Mannheim, G. 7. 10.

Fern Andra kommt!!! Waschen und Ausbessern. Angebote mit N. O. 77 an die Geschäftsstelle.

Eingeführter Weinvertreter von gutem Pfälzer Haus gesucht. Angebote unter H. M. 75 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Buchhalter (in) Reisende Verkäufer kaufm. Lehrling. Angebote mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen unter Angabe von Referenzen unter H. R. 80 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Bedeutende Lebensmittelgroßhandlung sucht zum sofortigen Eintritt tüchtigen jungen Reisenden der bei der einjähr. Rundreise gut eingeführt in hohen Gehalt und Provision. Angebote unter S. M. 111 an die Geschäftsstelle.

Perfekte Wäschenäherin und eine Verkäuferin für Wäsche für sofort gesucht. Spitzenhaus Stutzmann Ludwigshafen a. Rh.

Erstklassige Stenotypistin mit guter Körperbildung und möglichst französischen und englischen Sprachkenntnissen, absolut zuverlässig und kost arbeitend, zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, sowie Zeugnisabschriften und Referenzen erbeten unter T. D. 128 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Modistin für in Hannover und Kassel. Angebote mit N. O. 77 an die Geschäftsstelle.

Vertreter für in Hannover und Kassel. Angebote mit N. O. 77 an die Geschäftsstelle.

Kontoristin für in Hannover und Kassel. Angebote mit N. O. 77 an die Geschäftsstelle.

Lehrmädchen für Papier- u. Schreibwaren-Fabrik. Angebot mit N. O. 61 an die Geschäftsstelle.

Tüchtige selbständige Modistinnen bei besonders guter Bezahlung sucht A. Loewenthal Heidelberg.

Ordnliches Mädchen für in allen Hausarbeiten. Angebot mit N. O. 60 an die Geschäftsstelle.

Fräulein als Haushälterin. Angebot mit N. O. 65 an die Geschäftsstelle.

Zimmermädchen ab 18 Jahren, die gut nähen können u. fernere. Lohn für sofort gesucht. Angebote mit N. O. 62 an die Geschäftsstelle.

Mädchen für in Hannover und Kassel. Angebote mit N. O. 63 an die Geschäftsstelle.

Mädchen für in Hannover und Kassel. Angebote mit N. O. 64 an die Geschäftsstelle.

Mädchen für in Hannover und Kassel. Angebote mit N. O. 65 an die Geschäftsstelle.

Kaufmann Anfang 30. ledig, gute Ausbildung, vorzügliche Allgemeinbildung im Ein- und Verkauf erlangen, gemachter Korrespondent mit praktischer Auffassung und Organisationsgeist, sucht entsprechende Beschäftigung. Zulagen unter G. W. 60 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Verkäufe Verzinkt. Maschendraht in 40 u. 50 Millimeter Weite, teilweise auf Holzrahmen befestigt, zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Großblech-Stallung mit erstklassig, frischem jungem Kuh-, Schweinefleisch mit 4 Schwestern, darunter hochpreisiges Wasserfleisch, sämtliche Auswahlen und größerer Anzahl Hühner, sofort gegen Bar zu verkaufen. Danzer 5114 Staminstraße 5.

1 Leitspladel-Drehbank 650 Spindelänge, halbfür Planeten, bläse zu verkaufen, auch eine mit größerer Drehlänge zu verkaufen. 7204 G 11 an die Geschäftsstelle.

Kinderwagen zu verkaufen. Schmitt, Kronprinzstraße 30 111.

1 Doppelflinte Kal. 16, u. Hingelant, 4 Hühner, m. ca. 200 Kugeln, billig zu verkaufen. Kaufmann im 12-2 Uhr, Kronprinzstraße 30, 309 2. Et. 7210.

Holz neues Herrenzimmer (Kleiderkasten) sehr billig abzugeben. 7214 Haber. O. 7. 2. 7. 2.

Gebirgs-Ofen und Herde sehr schön, 7. 11. 574.

Zandsteine für Feuerwerke all. Art Kraft. J. G. Dreyer. 513.

Heirat. Best. Frau, 30 J., natur- u. musikalisch, wünscht ideal bes. bes. Herrn in ihrer Stellung zu heiraten.

Heirat. Frau zu fern. Wägen nicht ausgef. Bäder unter H. C. 60 an die Geschäftsstelle.

Heirat. Schiller, 32 J., alt, fach. wünsch. Heirat mit 27-35 Jahren mit eigenem Heim, wo er arbeiten kann, zu lernen. Zulagen mit N. O. 11 an die Geschäftsstelle.

Unterricht. Klavier- und Violin-Unterricht. Ort, gen. Kost., evtl. Musikinstr. (Friedberg). Angebote mit N. O. 94 an die Geschäftsstelle.

Vermischtes. In der Neujahrswunsch-Anzeige der Mannheimer Wägen wurde versehenlich der Inhaber falsch angegeben. Die Umkehrung soll Johann Decker und Frau lauten. 7206 Carl Lorenz und Frau.

Buchführung. Geschäftsbücher, Tabellen, etc. u. prof. Buchführung, u. Gewerbetreibende über. Ferner Buchhalter in K. Rheinl. Angebote mit N. O. 70 an die Geschäftsstelle.

Von Regelmäßig. mit einer i. Stab. in Regelmäßig. Angebot mit N. O. 70 an die Geschäftsstelle.

Bahn gesucht. Angebote mit N. O. 70 an die Geschäftsstelle.

Nebenzimmer für einen Tag in der Woche, u. Mietz. evtl. pern. Mietz. Angebote mit N. O. 70 an die Geschäftsstelle.

Drucksachen Industrie. Drucker Dr. Haas, G. m. b. H., E. 6, 2.

